

AUS DEM PARLAMENT von Neu-Anspach

BOLZPLATZ: Die Gemeindevertreter haben am Montag einstimmig beschlossen, dass der Bolzplatz am Stabelsteiner Weg, über den sich seit vielen Jahren Anwohner beschwert hatten, verschwindet und stattdessen im Bereich der Heisterbachbrücke für rund 20 000 Euro ein Ersatz gebaut wird. Dieser soll - im Gegensatz zum alten Bolzplatz - baurechtlich abgesichert werden. Außerdem haben die Kommunalpolitiker den Gemeindevorstand beauftragt, das Grundstück am Stabelsteiner Weg als Bauland zu kaufen.

NEUE PARTNERSCHAFT: Seit 1974 ist Neu-Anspach mit der Gemeinde Thalgau in Österreich verschwistert, seit 1982 zudem mit Saint-Florent-sur-Cher in Frankreich. Jetzt soll nach dem Willen der Kommunalpolitiker auch noch mit Sentjur in Slowenien eine Partnerschaftvereinbarung getroffen werden. Jetzt werden Vertreter der Gemeinde Sentjur vom 25. bis zum 27. August nach Neu-Anspach zu kommen, um die mögliche Erstunterzeichnung für den 22. bis 24. September in Slowenien vorzubereiten.

BRANDHOLZ: Die Gemeinde verkauft nach einstimmigem Beschluss der Gemeindevertreter eine rund 12 000 Quadratmeter große in Westerfeld gelegene Fläche an die Rhein-Main-Deponie und erhält dafür rund 260 000 Euro. Auf dem Gelände will das Unternehmen ein Biomasseheizkraftwerk bauen. Ein Rücktrittsrecht für den Fall, dass die Anlage nicht realisiert wird, schlossen die Politiker aus.

STEINHOF: Gegen die Stimmen der SPD hat das Parlament beschlossen, dass im Steinhof im Feld bei Hausen-Arnsbach ein weiteres Wohnhaus gebaut werden darf. Wolfgang Pfeiffer begründete die Ablehnung seiner Fraktion damit, dass das Projekt schon zwei Mal im Gemeindevorstand abgelehnt worden und heftig umstritten sei. «Die anderen Fraktionen wollen einfach öffentlich nicht Nein sagen, aber die Behörden werden es ablehnen», prophezeite der Sozialdemokrat.

NACHTRAGSHAUSHALT: Bürgermeister Klaus Hoffmann (CDU) hat am Montag den Nachtragshaushaltsplan für 2006 eingebracht. Das Zahlenwerk wurde einstimmig in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Der Rathauschef teilte mit, dass die Unterdeckung im Verwaltungshaushalt um rund 680 000 Euro auf 3,8 Millionen Euro reduziert werden konnte. Grund hierfür waren hauptsächlich die höheren Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von 430 000 Euro und die reduzierten Personalkosten in Höhe von 180 000 Euro. Dass das Ergebnis nicht noch besser sei, liege an dem harten Winter, der Straßenreparaturen und den intensiven Einsatz von Streumitteln nötig gemacht habe. Stolz ist Hoffmann darauf, dass im Vermögenshaushalt die Kreditaufnahme auf Grund von Grundstückserlösen von 1,5 Millionen auf 400 000 Euro gesenkt wurde. Und: «Die Nettoneuverschuldung haben wir auf Null gefahren.»

NEUE HORTGRUPPE: In der VzF-Kita in der Taunusstraße wird eine weitere Hortgruppe mit bis zu 20 Plätzen eingerichtet. Die Gemeindevertreter genehmigten, in den Nachtrag 2006 folgende Mittel einzustellen: 43 000 Euro Zuschuss für die laufenden Kosten und 15 000 Euro für die Erstausrüstung.

BLOCKHEIZKRAFTWERK: Die Gemeindevertretung hat den Gemeindevorstand einstimmig beauftragt, den Bau eines Blockheizkraftwerks im noch zu spiegelnden Gewerbegebiet in Richtung Westerfeld zu prüfen. CDU-Parteichef Andreas Moses begründete den Antrag seiner Fraktion und betonte, dass ein solches Kraftwerk sowohl ökonomische als auch ökologische Vorteile habe. (pet)

Schulbau lässt auf sich warten

Von Anja Petter

Neu-Anspach. Bereits im Mai 2003 hatten die Neu-Anspacher Gemeindevertreter beschlossen, dass auf dem Gelände zwischen Saalburgstraße und Karlsbader Straße - «Hinter dem Gehöft» - die neue Grundschule gebaut werden soll. Im November vergangenen Jahres wurde dann entschieden, ins Bebauungsplanverfahren einzusteigen. Doch seitdem ist es verdammt ruhig um das Thema geworden. Jetzt erklärt Bürgermeister Klaus Hoffmann (CDU): «Der Kreis hat Probleme mit dem Ankauf.»

Insgesamt gehört die Fläche fünf Eigentümern. Vier der Besitzer sind nach Informationen des Rathauschefs bereit, ihr Land abzugeben, einer weigert sich. Das Problem: Auf sein Grundstück kann nicht verzichtet werden, denn es liegt ungünstig mittendrin. Wie Hoffmann vermutet, spekuliert der Besitzer darauf, dass er sein Land, das offiziell Reservegebiet für eine mögliche Bebauung ist, besser verkaufen könnte, wenn er es nicht dem Hochtaunuskreis für den Bau der Schule, sondern Privatleuten für die Entstehung von Eigenheimen verkaufen könnte.

Bürgermeister Hoffmann ist ziemlich verzweifelt. «Gutes Zureden fruchtet nicht, wir sind da ziemlich hilflos», bekennt er. «Und der Kreis weiß auch nicht mehr weiter.» Wäre da die Enteignung ein möglicher Weg? «Das dauert viel zu lange. Bis das durch ist, haben die Kinder schon einen Beruf.» Mit zehn Jahren rechnet Hoffmann. Und: «Eine Enteignung ist etwas sehr Unangenehmes.»

Weil es für die Gemeinde keine Alternative zu dem Gelände «Hinter dem Gehöft» gibt, und sich auch das Parlament mehrheitlich dafür ausgesprochen hatte, will der Verwaltungschef alles dransetzen, dass dort irgendwann einmal Kinder Unterricht bekommen können. Vor allem eine weitere Sporthalle, die im Zuge des Schulbaus ebenfalls entstehen soll, werde gebraucht. «Wir haben viele Vereine und einen Riesenbedarf.»

Kreis-Pressesprecher Jürgen Conradi bestätigte gestern die Ankauf-Probleme. «Wir haben mit dem Besitzer noch keine Basis gefunden.» Auch gebe es eine Bürgerinitiative, vor welcher der Kreis aber «keine Angst» habe. Allerdings berichtete Conradi noch von einem zweiten möglichen Standort am Ortsausgang in Richtung Schmitten. Dieses Gebiet liege aber topographisch schwierig. Außerdem handele es sich um eine extreme Randlage, weshalb es Probleme mit der Länge des Schulweges gebe und Busse eingesetzt werden müssten. «Das machen wir aber nicht gerne bei Grundschulkindern.» Kurzum: «Damit sind wir nicht glücklich, und die Entscheidung ist wirklich sehr schwer.» Wie die Schule, in die auch eine Mensa integriert werden soll, und die Halle aussehen werden, soll laut Conradi in einem Architektenwettbewerb entschieden werden. Aber: «Der Zeitplan ist noch völlig offen.»

Wie wichtig auch den Kommunalpolitikern das Thema ist, zeigte sich am Montagabend in der Gemeindevertretersitzung. Die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen an den Altbauten der Adolf-Reichwein-Schule seien eng verbunden mit einem Neubau, erklärte Heike Seifert, Fraktionschefin der SPD. Den Sozialdemokraten liegt das Thema derart am Herzen, dass sie eigens eine Anfrage an Bürgermeister Hoffmann vorbereitet hatten. «Bauunterhaltungsmaßnahmen werden derzeit auf ein Mindestmaß beschränkt, müssten aber zur Substanzerhaltung durchgeführt werden.» Auch dauere es sowieso noch mindestens viereinhalb Jahre, bis mit der Fertigstellung der Einrichtung zu rechnen sei, befürchtet Heike Seifert. Und Parteichefin Sabine Leon meinte: «Wir müssen die Schule auch gegen Widerstand bauen.» Das sieht auch Hoffmann so: «Der Zustand der ARS macht Probleme, wir brauchen den Neubau.»

Die Gemeinde lässt sich deshalb nicht beirren, will ungeachtet aller Probleme den Aufstellungsbeschluss des B-Plans veröffentlichen. «Das ist ein deutliches Signal dafür, dass alles seinen Gang gehen wird», sagt Hoffmann und zeigt damit, dass er zuversichtlich ist, dass sich der Grundstücksbesitzer vielleicht doch noch erweichen lässt. So richtig fundiert ist dessen Hoffnung auf einen besseren Verdienst übrigens nicht. Mal ganz abgesehen davon, dass nach Informationen des Bürgermeister im Parlament Einigkeit herrscht, dass das Gelände «Hinter dem Gehöft» kein Baugebiet werden solle, gibt es bislang zudem einen Beschluss, bei Ortsabrundungen nach dem Wehrheimer Modell zu verfahren. Das heißt, dass die Gemeinde das Gelände ankauft und selbst entwickelt. In diesen Fällen werden auch nur zwischen 50 und 75 Euro pro Quadratmeter gezahlt.